



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

Wiesbaden, 29.06.2016

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
am Dienstag, 5. Juli 2016, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift vom 17.05.2016
2. **16-F-21-0002**

Internationales Sommerfest

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD, CDU und FDP vom 29.06.2016

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie wird das diesjährige Internationale Sommerfest, welches in den letzten Jahren als „Sommerfest des Ausländerbeirats“ bekannt war, dieses Jahr organisiert?
2. Tritt der Ausländerbeirat als Veranstalter auf, bzw. wurde der Ausländerbeirat als Veranstalter des Festes beauftragt?
3. Wenn nicht, ist der Ausländerbeirat in einem bestimmten Umfang an der Organisation beteiligt? Wenn ja, in welchem Umfang?
4. Wer vergibt die Stände nach welchen Kriterien?
5. Werden Standgebühren von den Standbetreibern erhoben? Wenn ja, in welcher Höhe?

3. 16-F-02-0011

Freies WLAN für Wiesbaden

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 28.06.2016 -

Vor einigen Wochen hat sich die schwarz-rote Bundesregierung auf die Abschaffung der sogenannten „Störerhaftung“ für WLAN-Zugänge geeinigt. Die entsprechende Änderung ist beschlossen worden. Dies vereinfacht die Bereitstellung öffentlicher WLAN-Zugänge erheblich.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert – auf der Grundlage der Änderungen im Telemediengesetz – zeitnah einen bürgerfreundlichen kostenlosen WLAN-Zugang für die Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens zu schaffen.

Bei der Umsetzung sollten folgende Punkte beachtet werden:

- a) Der kostenlose WLAN-Zugang soll neben dem Schloßplatz unter anderem auf folgende Orte ausgeweitet werden:
 - Dern'sches Gelände
 - Mauritiusplatz
 - Platz der Deutschen Einheit
 - Hauptbahnhof
 - Kranzplatz.
- b) Die Möglichkeiten einer Ausweitung der WLAN-Zugänge auf die Busse von ESWE Verkehr sollen geprüft werden.
- c) Kooperation mit Partnern aus der Wirtschaft wie zum Beispiel der Wall AG sowie den Wiesbadener Einzelhändlern und Gastronomen soll gesucht werden.
- d) Die Verantwortlichkeit für dieses Projekt soll innerhalb des Dezernates I klar definiert werden.

4. 16-F-21-0003

Bericht zu städtischer IT

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD, CDU und FDP vom 29.06.2016

Wie schon in der letzten Amtsperiode angesprochen, erscheinen einige Informationsangebote, die auf der städtischen IT beruhen, verbesserungswürdig. So soll es noch bis zur zweiten Hälfte des Jahres 2017 dauern, bis der bereits im Jahr 2013 gewünschte und beschlossene Zugang der Ortsbeiräte zum Politischen Informationssystem der Landeshauptstadt Wiesbaden (PIWi) hergestellt ist.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Veränderungen in der IT sind geplant, um die Durchsuchbarkeit sowohl der Homepage Wiesbaden.de als auch des PIWi zu verbessern?
2. Wird bei einer Umstellung der IT das Online-Angebot im Rahmen der bürgerfreundlichen Verwaltung ausgeweitet?

5. 16-F-08-0027

Freies WLAN

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 28.06.2016 -

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. an welchen Plätzen in der Landeshauptstadt aktuell von der Stadt bereitgestellte WLAN-Hotspots nutzbar sind,
2. welche Plätze für den weiteren Ausbau vorgesehen sind,
3. welche weiteren Entwicklungen es ergänzend zum Bericht von Dezernat IV vom 1.12.2015 zum Beschluss Nr. 0046 betreffend die Unterstützung der Freifunk-Initiative gibt.

6. 16-F-02-0010

Standvergabe IHK-Ausbildungsmesse

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 15.06.2016 -

Am 11. und 12. März 2016, fand im Kulturzentrum Schlachthof eine von der IHK veranstaltete Ausbildungsmesse statt. Dort sollte ursprünglich auch die Bundeswehr mit einem Stand vertreten sein. Die Bundeswehr, die ja auch zur Ausbildung von jungen Leuten beiträgt, wurde dann aber kurzfristig wieder ausgeladen. Dies ist ein nicht nachvollziehbarer Vorgang, der der Aufklärung bedarf.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) ob er Kenntnis davon hat, auf wessen Initiative, von wem und mit welcher Begründung die Bundeswehr von der IHK-Ausbildungsmesse ausgeschlossen wurde; wenn ja, wie diese Begründung aussieht,
- b) ob es Gespräche zwischen IHK und der Stadt im Zusammenhang mit einem Stand der Bundeswehr auf der Ausbildungsmesse auf dem Schlachthof gegeben hat und wenn ja, welchen Inhalt diese Gespräche hatten,
- c) ob ihm bekannt ist, welche Meinung die IHK-Wiesbaden zum Ausschluss der Bundeswehr von der Ausbildungsmesse hat.

7. 16-F-01-0009

Verzögerung bei Rettungseinsätzen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 29.06.2016 -

Es vergeht kein Tag in Wiesbaden, an dem Rettungskräfte von Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst zu einem Einsatzort gerufen werden, an dem die Hausnummer des Einsatzortes gesucht werden muss, da sie von außen nicht sichtbar zu erkennen ist. Oft verdecken Bäume und Sträucher ganze Hausnummern. Teilweise fehlen sie in Gänze und werden nicht ersetzt. Die in der aktuell gültigen Ortssatzung beschriebene Hausnummernkennzeichnung von 10 auf 10 cm ist alles andere als gut sichtbar.

Bei einem Einsatz von Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst kommt es oft auf Sekunden an, um den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt schnelle und adäquate Hilfe zukommen zu lassen. Jede Minute die bei einem Herz-Kreislaufstillstand verloren geht, kann zu irreversiblen Schäden führen; ja sogar zum Tod. Speziell nachts zeigt sich, dass eine unzureichend beleuchtete Hausnummer dieses Problem noch verstärkt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie häufig es bei Einsätzen von Polizei, Feuerwehr, Notarzt und anderen Rettungsdiensten zu Verzögerungen durch unlesbare oder nicht erkennbare Beschilderungen von Hausnummern kommt;
2. wie dieser Missstand behoben werden kann.

8. 16-V-12-0003

DL 28/16-8

Leitlinien für Bürgerbeteiligung

9. 16-F-03-0044

Leitlinien für Bürgerbeteiligung wie geplant einführen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.05.2016 -

ANLAGE

10. 16-V-01-0015

DL 28/16-3, 27/16-2

Bürgerbeteiligungsverfahren zum Neubau einer Eisbahn am 2. Ring

11. 16-V-01-0016

DL 28/16-4

Durchführung einer Bürgerbeteiligung zur zukünftigen Nutzung des Grundstückes
"Wilhelmstraße 1"

12. 16-V-30-0005

DL 20/16-3

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VII
(Wiesbaden-Sonnenberg/Rambach)

13. 16-V-30-0006

DL 20/16-4

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II (Mainz-Kostheim)

14. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Beyes
Vorsitzende